

Finanzlobby und Politik

Im Land der kürzesten Wege

Handelskammer, ABL und Fedil könnten bald im Gebäude der luxemburgischen EU-Vertretung in Brüssel ansässig werden

VON CHRISTOPH BUMB UND
DIEGO VELAZQUEZ (BRÜSSEL)

Politik und Wirtschaft suchen seit jeher gegenseitig die Nähe. Besonders in Luxemburg hat das abgestimmte Vorgehen von Regierung und Lobbyisten zur Verteidigung gemeinsamer Interessen eine lange Tradition. In Brüssel wird jetzt darüber nachgedacht, die Grenzen zwischen Politik, Beamtenschaft und Interessenvertretern rein räumlich aufzulösen. Entsprechende Pläne werfen zumindest Fragen auf.

Spätestens seit „LuxLeaks“ sieht sich Luxemburg dem Vorwurf ausgesetzt, die Souveränität des Landes an die Finanzlobby abgeben zu haben. Kritiker werfen die Frage auf, wer eigentlich in Luxemburg die Gesetze schreibt: der Finanzsektor oder die Politik? Letztlich geht es dabei um die Frage, in wessen Interesse politische Entscheidungen überhaupt getroffen werden.

In Luxemburg mag man dieses Image nicht. So erklärte Francine Closener, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, im Rahmen der „Nation Branding“-Kampagne, dass „die Wahrnehmung Luxemburgs im Ausland nicht zu sehr auf den Finanzplatz ausgerichtet sein soll“. Im Ausland wird dieser Versuch, vom Bankenplatz-Image wegzukommen, allerdings skeptisch beobachtet. Die Rede ist von „Reinwäsche“, die dazu führen soll, das Image des Landes zu verbessern, ohne aber das Wirtschaftsmodell in Frage zu stellen.

Politik und Lobby unter einem Dach

Neue Entwicklungen rund um den Sitz der luxemburgischen EU-Vertretung und der luxemburgischen Botschaft in Brüssel könnten den Vorwürfen der Skeptiker jetzt neue Argumente zu liefern.

Luxemburgs Handelskammer hat entschieden, einen Vertreter nach Brüssel zu schicken, um vor Ort die Interessen der heimischen Wirtschaft zu fördern – an einem besonderen Arbeitsplatz. Wie das Außenministerium bestätigt, soll dieser nämlich in der Brüsseler „Maison du Luxembourg“ ein Zuhause finden. Dort befinden sich sowohl die Räumlichkeiten der EU-Botschaft bzw. Ständigen Vertretung Luxemburgs bei der EU als auch die der Botschaft in Belgien. Für die Handelskammer, die als Bindeglied zwischen privatem und öffentlichem Sektor fungiert, ist diese neue Assoziierung nichts Spektakuläres.

Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, betont die Präsenz seiner Organisation in Brüssel zur „promotion commerciale“ im Rahmen der bilateralen Beziehungen zwischen Belgien und Luxemburg. Das neue Büro sei demnach auch der diplomatischen Vertretung in Belgien und nicht der ständigen Vertretung bei der EU angegliedert. Ähnliche Büros betreibt die Handelskammer auf Grundlage einer Konvention mit dem Außenministerium bereits in Paris und Berlin. Darüber hinaus sei man aber in Verhandlungen,



Diplomaten und Lobbyisten unter einem Dach? Diese Idee findet nicht nur Zustimmung.

(FOTO: LEX KLAREN)

um die europapolitische Lobbyarbeit gemeinsam mit dem Unternehmerverband Fedil, der Bankenvereinigung ABL und dem Luxemburger Verband der Fondsindustrie Alfi besser zu koordinieren. In welcher Form dies passiert und in welchem Gebäude sei aktuell noch nicht entschieden. Thelen geht es aber generell darum, dass Luxemburgs Unternehmer „näher an den Entscheidungen“ seien und ihre Anliegen besser an die politischen Akteure, etwa Luxemburgs EU-Abgeordnete, herantragen können.

„Ethische Voraussetzungen“

Für Fedil und ABL, die momentan nur hundert Hausnummern weiter in der Brüsseler Avenue de Cortenbergh im Gebäude von „BusinessEurope“ ansässig sind, klingt der Umzug interessant. „Die Proximität zur Ständigen Vertretung ist wichtig für unsere Arbeit“, sagt Fedil-Direktor René Winkin. Da in der „Maison du Luxembourg“ jetzt Büros frei sind, gebe es in der Tat Gespräche, um Luxemburgs Unternehmervertreter unter einem Dach zu regroupieren. Die Ver-

handlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Generell gelte aber, dass es „sicherlich Sinn macht“, alle Organisationen (also Fedil, ABL, Alfi und Chambre de Commerce) am gleichen Standort unterzubringen, so Winkin.

Auch Antoine Kremer, Vertreter der ABL in Brüssel, sagt, dass dieses Zusammenziehen „eine Option“ sei. „Doch wir sind uns bewusst, dass es ethische Voraussetzungen gibt“, sagt Kremer. Eine davon sei, dass es eine klare Trennung zwischen luxemburgischen Diplomaten und den Interessenvertretern gebe. Diese soll auch bestehen bleiben. So werden Beamte und Lobbyisten nicht auf den gleichen Stockwerken arbeiten.

Doch stellt diese Verhandlung zwischen privaten Interessenvertretern des Finanzplatzes und der Ständigen Vertretung Luxemburgs in Brüssel durchaus Probleme dar. Für Transparency International, einer NGO, die über Lobbyismusfragen wacht, ist der damit verbundene „dauerhafte bevorzugte Zugang“, den die Interessenvertreter dadurch hätten, besonders problematisch. Durch

die geografische Koexistenz hätten Vertreter der Finanzbranche einen ständigen und unkontrollierbaren Zugang zu Diplomaten und Experten der luxemburgischen Regierung, deren Aufgabe es ist, über die EU-Gesetzgebung zu verhandeln.

„Verheerende Symbolik“

Unabhängig davon, wie viele Mauern des gleichen Gebäudes, Lobbyisten von Diplomaten trennen, sei die Symbolik „verheerend“, flüstert ein luxemburgischer EU-Beamter etwas geniert. Claude Turmes, der EU-Abgeordnete von „Déi Gréng“ fasst das Grundproblem zusammen und sagt, dass „es dadurch immer den Verdacht geben wird, dass Entscheidungen nicht in voller Unabhängigkeit getroffen wurden“. Es sei legitim, so die Kritiker, sich mit Experten, Beratern und Lobbyisten auszutauschen, doch müsse es eine Garantie geben, dass die Entscheidungen letztlich ohne Einfluss dieser Gruppen getroffen werden. Ein Zusammenleben auf engstem Raum mache dies jedoch schlicht unmöglich.

Hinzu kommt die gängige Praxis des „fliegenden Wechsels“ zwischen Staatsdienst und Lobbyismus. Nicht wenige Mitarbeiter von Luxemburgs Wirtschaftsverbänden waren in ihrer Karriere schon bei der Regierung oder der EU tätig – und umgekehrt.

Vicky Can, Chefin der NGO Corporate Europe Observatory, nennt das Vorgehen „schockierend“. Die Rolle der „Représentations Permanentes“ sei es, „die Interessen der nationalen Bevölkerung zu verteidigen, und nicht die der privaten Wirtschaft“.

„Die gleichen Interessen“

Frank Engel, EU-Parlamentarier für die CSV, relativiert diese Aussage. „Die Interessen der Regierung und der Finanzbranche sind die gleichen.“ Also sei das mögliche Zusammenleben „unproblematisch“ und sogar „logisch“. Diplomaten würden eh mit den Interessenvertretern reden. Beide zu vereinen, wäre also „praktischer“. Dann „müsse man nicht so weit laufen“. Stichwort: Land der kurzen Wege ...

Diese Einschätzung entspricht durchaus der Realität in der Brüsseler „Bubble“. Interessenvertreter aller Art (auch NGOs), Abgeordnete, EU- und Regierungsbeamte treffen sich auf den vier Quadratkilometern des Europa Viertels ständig, um über EU-Politik zu reden. Ein Blick in ein Restaurant am „Rond Point Schumann“ genügt, um sich davon zu überzeugen. Der Kreisverkehr bildet das Epizentrum des EU-Viertels und Mittags sind die Restaurants überfüllt. Wer am selben Tisch Lobbyist, Regierungsvertreter oder EU-Parlamentarier ist, ist nicht immer leicht zu sagen.

Ein europäisches Problem

Der Rat der EU, die Institution, in der Experten aus den Ständigen Vertretungen und die Minister aus den Mitgliedstaaten die EU-Gesetze aushandeln, hat in diesem Zusammenspiel eine spezielle Rolle. Im Gesetzgebungsverfahren der EU schlägt die Europäische Kommission Gesetze vor. Danach müssen Europaparlament und Rat der EU darüber verhandeln, damit diese zu europaweiten Richtlinien oder Verordnungen werden. Wie auch auf nationaler Ebene, werden betroffene Interessenvertreter während des legislativen Prozesses angehört.

Um dies so durchsichtig wie möglich zu gestalten, führten Parlament und Kommission das sogenannte „Transparenzregister“ ein. Im Internet kann jeder sehen, mit welchen Organisationen Parlamentarier und hohe Kommissionsbeamte „zusammenwirken“. Der Rat wehrt sich allerdings strikt gegen eine solche Transparenz (siehe Kasten). Das Lobbyismus-Problem ist also nicht bloß ein luxemburgisches Problem, sondern ein europäisches. Die momentane Lage, so Claude Turmes, sei schlicht „schlecht für das Selbstverständnis der europäischen Demokratie“.

Brüssel und das „schwarze Loch“ des Lobbyismus

Der Rat der EU, die Institution, in der die Mitgliedstaaten vertreten sind, spielt bei der Aushandlung der EU-Regeln eine wesentliche Rolle. Der Rat ist neben dem EU-Parlament „Co-legislateur“ und hat im europäischen Gesetzgebungsverfahren so viel zu sagen wie die europäische Volksvertretung. Auf dem ersten Blick besteht der Rat aus den Treffen, bei denen die Minister der EU-Staaten, in Ressorts eingeteilt, zusammenkommen. Diese Treffen werden allerdings immer sorgfältig von den Ständigen Vertretungen vorbereitet. Beamte, Experten und Diplomaten aus den Mitgliedstaaten handeln einen Großteil aus, und den Ministern werden nur die brisantesten politischen Fragen überlassen.

Deswegen haben die Ständigen Vertretungen der EU-Staaten in Brüssel eine

sehr wichtige Rolle im legislativen Prozess der EU. Für Interessenvertreter sind die Beamten und Diplomaten besonders interessante Kunden. Doch darüber gibt es nur wenige objektive Angaben. Denn anders als das Europaparlament und die EU-Kommission, macht der Rat der EU (und somit auch die Ständigen Vertretungen) beim sogenannten „Transparenzregister“ nicht mit.

Eine der ersten Studien über das Phänomen des Lobbyismus bei den Ständigen Vertretungen wurde erst in März 2016 von „Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation“ veröffentlicht. Diese Studie zeigt eine offene „Gleichgültigkeit“ und „Gefälligkeit“ im Umgang mit Lobbyismus aus der Privatwirtschaft. Von 17 befragten EU-Vertretungen, konnten nur drei Mitgliedstaaten

die komplette Listen ihrer Treffen aus den letzten 12 Monaten mit Interessenvertretern liefern. Deswegen sprechen NGOs auch von einem „schwarzen Loch des Lobbyismus“ oder von einem „blinden Fleck“.

Diese begrenzten Daten machten es demnach schwer, umfassende Schlussfolgerungen zu ziehen. Dennoch zeigt die Studie, dass der Großteil der Treffen solche von Beamten und Diplomaten mit Vertretern aus der Privatwirtschaft sind und nur zwischen 10 und 20 Prozent der „Meetings“ Vertretern aus der Zivilgesellschaft gewidmet sind. Sollten sich die Transparenzregeln für die Vertreter der EU-Regierungen in Brüssel nicht ändern, so die gleiche Studie, dann werden genauere Analysen über Lobbyismus im Rat der EU auch in Zukunft unmöglich sein.